

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringertlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Wettinerplatz 10. Tel. 26 281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gewöhnliche Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 136.

Dresden, Mittwoch den 17. Juni 1914.

25. Jahrg.

Der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin wird heute eröffnet.

Der nationalliberale Parteitag findet am 10. und 11. Oktober in Köln statt.

Das Kabinett Vidiani fand in der französischen Kammer eine republikanische Mehrheit.

In England sind die Schiffermaschinen der Transportdampfer in den Ausstand getreten.

Western früh sollen sich die albanischen Rebellen vor Durazzo zurückgezogen haben.

Würdiger Schluß im Dreiklassenhaus.

Das ehrengerichtliche Verfahren gegen Liebnicht

Das preussische Dreiklassenhaus hat es sich also nicht nehmen lassen, den Schluß seiner Tagung durch eine Tat zu krönen, die alle Jügel seines edlen Bewusstseins wie in einem Strahlentod zusammenfaßt. Es hat gegen alle parlamentarischen Regeln den Genossen Liebnicht an den Leipziger Ehrenrichtshof ausgeliefert und darf jetzt in die Ferien die angenehme Hoffnung mitnehmen, daß es gelingen werde, einen unheimlichen Gegner aus seinem bürgerlichen Beruf als Rechtsanwalt auf dem Wege des Disziplinerverfahrens hinauszuwürgen.

Könnten die preussischen Jünger die vier Millionen Sozialdemokraten allesamt handrechtlich erschlagen lassen, die Verfassung in die Luft sprengen, das Reichstagswahlrecht aufheben, sie würden sich keinen Augenblick bedenken, es zu tun. Da es so weit nicht langt, so müssen sie sich damit begnügen, einen lästigen Parlamentarier um sein Amt zu bringen.

Dann stellen sich diese Leute freilich noch hin und klagen über den Ton, in dem mit ihnen geredet wird. Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten können den Ton gar nicht treffen, der den Gefühlen des Volkes gegenüber dem Dreiklassenhaus entspricht. Dieser Ton läßt sich gar nicht mehr in Worten leiden.

Wenn das Dreiklassenhaus im Spätherbst wiederkommt, was wird sein Anfang sein? Die Konservativen wollen die Wenderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der ersten Sitzung stellen, die Sozialdemokraten wünschen statt dessen eine Erörterung der Wahrscheinlichkeitsfrage. Was die Konservativen mit ihrem Antrag bezwecken, das hat einer der ihnen höchst treffend zusammengefaßt, als er dem sozialdemokratischen Redner in der Junitagungsdebatte dem Genossen Hähnlich, das schöne Wort „Maulhalten“ entgegengerief. Maulhalten soll alles, was nicht mit den Konservativen ist. Maulhalten soll die Opposition im Parlament. Maulhalten soll das Volk, zum Maulaufreißen sind nur die Herrenhäuser und die Agrarier da. Die nach notwendigen Reformen rufen, sollen geknebelt werden, bis sie stille sind.

Diese konfessionelle Politik beruht aber zugleich auf einem bemerkenswerten Mangel an Intelligenz. Denn sie ist auf ein unerreichtbares Ziel gerichtet und vollkommen utopisch. Wie wird der Polizeipräsident, wie wird der Staatsanwalt ausreichen, um die Rechte der Parlamentsopposition zu vernichten. Was die oppositionelle Propaganda des Wortes an Freiheit verliert, wird zehnmal mehr gemacht durch die aufreizende Wirksamkeit, die die reaktionäre Propaganda der Latenz hat.

Man darf der Mehrheit des preussischen Dreiklassenhauses das Zeugnis ausstellen, daß sie das Ihre getan hat, um die Volksmassen gegen sich aufzureizen; gegen sich und gegen das Wahlsystem, dem sie ihre Entstehung verdankt. Nun wird das Unfreie, um die Gefühle, die sie durch ihre Taten erweckt hat, nicht zur Ruhe kommen zu lassen!

Abg. Ranzow (fortf. Volksp.) erstattet den Bericht der Geschäftsordnungskommission, die mit allen Stimmen gegen die von den Fortschrittler beschlossene, dem Hause die Ablehnung des Antrags Braun (Soz.) auf Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Dr. Liebnicht für die Dauer der Session zu empfehlen. In seinem ausführlichen Bericht gibt der Redner die Ausführungen Liebnichts auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 wieder. Bei der Wiedergabe der Liebnicht'schen Ausführungen über die „Unterstützung der jüdischen barbarischen Willkürherrschaft durch deutsche Behörden, über die Flucht des Parzen durch Deutschland und sein Sicherungsverhalten vor dem deutschen Volk, über das verwerfliche Regierungssystem, das damals auf Erden herrschte, dessen Repräsentant vom deutschen Volk auf deutschem Boden nicht gebildet werden konnte, über den Parzen als einen gekrönten Verbrecher und einen fluchbedenkenden Mann, der hinausgeworfen werden müsse, so daß ihm die Luft der Welt frei, deutsche Wägen seiner zu betreten,“ bricht die Rechte in Detti-Görli-Rufe aus, die von den Sozialdemokraten mit lebhaften Zustimmungsgeläutern zu den Liebnicht'schen Worten beantwortet werden.

Vizepräsident Dr. Forst bittet, diese eine Wiederholung der Parzenbeleidigungen darstellenden Rufe zu unterlassen. — Abg. Dr. Hoffmann (Soz.): Ich bin davon aber überzeugt! — Vizepräsident Dr. Forst: Es ist aber nicht nötig, daß Sie Ihre Lieberzeugung hier zum Ausdruck bringen! — Abg. Dr. Hoffmann: Aber das Recht dazu habe ich! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Berichterstatter Abg. Ranzow bemerkt schließlich noch, daß die Kommission darin einig gewesen sei, daß die Persönlichkeit Dr. Liebnichts, um die es sich hier handelt, ohne Belang für die Entscheidung sei.

Abg. v. Dittfurth (kons.) beruft sich auf die Rechtsauffassung des einstigen Landtags- und Reichstagspräsidenten Simon, der auch an der Verfassung mitgearbeitet hat, womit die Haltung der Mehrheit in Einklang stehe. Wir stehen vor einer langen Verortung, während der wir den Fortgang des Verfahrens nicht hindern dürfen, zumal Dr. Liebnicht dadurch nicht in seiner parlamentarischen Tätigkeit behindert wird.

Abg. Herold (B.) schließt sich namentlich dem letzten Wunsch des Vorschlägers an, da Dr. Liebnicht keiner der weitertragenden Kommissionen angehöre.

Abg. Dr. Schiffer (nall.) ist der gleichen Ansicht. Von einer festen Stasis des Hauses, schwebende Verfahren während einer längeren Verortung einzustellen, sei keine Rede, dies würde Dr. Liebnicht nicht in seiner parlamentarischen Tätigkeit, sondern in seiner parlamentarischen Unfähigkeit schädigen.

Abg. Hähnlich (Soz.): Zunächst habe ich im Namen Dr. Liebnichts ausdrücklich zu erklären, daß selbstverständlich für die Einbringung des Antrages Braun in keiner Weise die persönlichen Interessen oder der Wunsch Dr. Liebnichts maßgebend gewesen ist. (Rufe: Na, na!) Dr. Liebnicht denkt gar nicht daran, den Schluß dieses Parlaments in Anspruch zu nehmen, er würde das für unter seiner Würde halten. (Wiederholt: Sehr richtig! bei den Soz.; Ordnungsruf des Vizepräsidenten.) Ich bin zur Ordnung gerufen worden wegen eines Verstoßes gegen die parlamentarischen Formen des Hauses. Was Sie aber beschließen wollen, ist ein viel schwererer Verstoß gegen den Parlamentarismus, gegen die Rechte, gegen den Lebensnerv des Parlaments. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unseren Antrag haben wir nur deshalb gestellt, weil gerade in diesen heillosen in Preußen und Deutschland ein Parlament auch nicht das äußerste Maß an dem i von seinen wahren Rechten preisgeben darf. Aus dieser Erwägung haben wir auch gegen die Auslieferung des zu unseren schärfsten Gegnern gehörenden Abg. Hammer gestimmt. Es ist eine Ironie, das dieselben bürgerlichen Parteien, die soviel von der Würde des Parlaments reden, auch hier wieder die Sorge für die Interessen und die Würde des Parlaments und Sozialdemokraten überlassen. (Wachen bei den bürgerlichen Parteien.) Besonders gilt das von den Nationalliberalen.

In Ergänzung der Ausführungen des Berichterstatters betone ich besonders, daß das ganze Verfahren seinen Ausgang nahm von einer schamlosen Denunziation. (Sehr wahr! bei den Soz.) Will das Haus sich zum Mitschuldigen der Denunzianten schwauchen, der allerdings durch seine Denunziation sich den Weg in Preußen geebnet haben dürfte? Durch seine Rede auf dem Magdeburger Parteitag hat Dr. Liebnicht Millionen des deutschen und preussischen Volkes auf der Seele gesprochen. (Zustimmung bei den Soz., Lachen rechts.) Zu darf man überhaupt nicht geredet werden. Alle Instanzen der Staatsanwaltschaft und der Richter, alle diese juristischen Korporationen, sind einmütig zu der Überzeugung gekommen, daß nicht der geringste Grund für ein strafrechtliches Einschreiten gegen Liebnicht gegeben sei. Die erste Instanz, die Anwaltskammer, hat auch das von der Staatsanwaltschaft verlangte ehrengerichtliche Verfahren gegen Dr. Liebnicht abgelehnt, und damals hat dieses Haus mit einer solchen Einmütigkeit die Einstellung des damals eingeleiteten Verfahrens, das zur Anklage nicht führte, beschlossen. Das entspricht seiner jahrzehntelangen Praxis, schwebende Verfahren stets einzustellen, wenn nicht besondere wichtige Rechtsgüter zu schützen sind. Damals waren es insbesondere das Zentrum und die Nationalliberalen, die die heute von uns vorgebrachten Argumente als absolut ausschlaggebend erklärten und nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen einen Sturm anerkennen wollten, von dem demütigsten Brauch des Parlaments abzugehen. Die Haltung dieser Parteien heute zeigt, welche loslose Rechtsauffassung sie in den drei Jahren vollbracht und daß sie zu wüsten Launen und Schleihergängen der Konservativen geworden sind. (Großes Lachen bei der Mehrheit, Zustimmung bei den Soz.) Im Reichstag wurde einstimmig, von den Konservativen mit eingeschlossen, die Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens beschlossen. Selbst unter dem Sozialistengeßel hat der Reichstag stets die Auslieferung von Sozialdemokraten abgelehnt. Man sagt, Dr. Liebnicht werde in seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht gehindert, weil er keiner der weitertragenden Kommissionen angehöre. Er kann aber natürlich jederzeit vertretungsweise in eine der Kommissionen entsandt werden, zumal er der einzige Jurist unter uns ist. Da im Sommer die Gerichtsferien sind, kann auch Herr Herold gar nicht sagen, es das Verfahren so rasch erledigt wird, daß Dr. Liebnicht nicht in seiner eventuellen Kommissionstätigkeit gehindert würde.

In der Kommission hat ein konservativer Abgeordneter behauptet, Liebnicht erhebe geradezu gewerdmäßig Schmähungen. Daran ist erkennbar, daß der wahre Grund Ihres Vorgehens Ihr ganz besonderer Haß gegen Liebnicht ist, den Sie wegen seiner Enthaltungen der Korruption in den Hüllen Krupp, Siemens-Schudert, General v. Bladenau, wegen der Enthüllung des ganzen Ordens- und Zitienschänders so haben wie keinen anderen Abgeordneten hier. (Lachen rechts.) Da die bürgerlichen Parteien nicht in der Lage sind, Dr. Liebnicht moralisch totzumachen, und da sie ihn politisch nicht totmachen können, so versuchen Sie es mit dem schändlichen und schuftigen Mittel, ihn materiell zu vernichten. (Stürmische Zustimmung der Soz., großer Sturm rechts, weiterer Ordnungsruf des Vizepräsidenten Dr. Forst.) Die Sozialdemokraten Ad. und Paul Hoffmann, die in stürmischen Juchensrufen das Vorgehen jenes konservativen Kommissionenmitgliedes als Unanständigkeit kennzeichnet, werden zur Ordnung gerufen.

Der Beschluß, den Sie fassen wollen, ist vom Haß eingegeben. Wenn dieses sogenannte Parlament sich um den letzten Rest politischer und moralischer Ehrlichkeit bringen will, den es vielleicht noch irgendwo im Lande haben möchte, dann mag es nur so beschließen. (Erneuter großer Sturm rechts, lebhafter Zustimmung der Soz., dritter Ordnungsruf des Vizepräsidenten, der die Wortentziehung andrückt.) Ein solcher Beschluß wird einen Sturm erregen, der Sie, auch wenn Sie sich noch so an Ihre Stube anklammern, von Ihrem Sitz wegwerfen wird; er wird das Feuer des Wahstempels zur hellen Flamme ent-

fachen, er wird beweisen, daß die Eröffnung dieses Hauses unrettbar geworden ist, und die Antwort auf ihn wird der Scherz sein: „Nieder mit einem Haus, in dem so schandvolle und ungeheuerliche Vorgänge möglich sind!“ (Lobender Sturm rechts, vierter Ordnungsruf des Vizepräsidenten, der dem Redner das Wort entzieht. Unter lautem Lachen der Rechten spricht Abg. Hähnlich weiter.) Nieder aber nicht nur mit diesem Haus, sondern auch mit dem Schandwettbewerb zu diesem Hause — es lebe das freie Wahlrecht! (Die Sozialdemokraten stimmen in das Hoch auf das freie Wahlrecht ein. Anbauern großer Sturm im ganzen Hause.)

Abg. Dr. Friedberg (nall.) erklärt im Namen aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Fortschrittler, daß nicht die Person Dr. Liebnichts zu der Haltung der Mehrheit Anlaß gebe. (Abg. Paul Hoffmann (Soz.) ruft: Wer das glaubt und wird unter dem tosenden Lärm der Rechten zur Ordnung gerufen, gleich darauf Abg. Adolf Hoffmann wegen fortwährender Unterbrechung des Vizepräsidenten, der zuerst den Abg. Braun für den Zwischenruf gehalten und zur Ordnung gerufen hatte. Als er nun die Ordnungsrufe richtig verteilt, ruft Abg. Ad. Hoffmann: Jedem das Seine!) Wir werden genau so bei jeder anderen Person vorgehen. Wenn wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß durch das Weitergehen des Verfahrens bei einer fünfmonatigen Verortung keine Kollosion mit den parlamentarischen Pflichten eintritt, dann müssen wir so vorgehen. Auf den Inhalt der gegen Dr. Liebnicht erhobenen Beschuldigung können wir hier nicht eingehen, das ist Sache der Richter, denen wir nicht vorzulegen dürfen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Es ist von den Sozialdemokraten von uns ein kollektives Vorgehen verlangt worden. Kann man das gegenüber denen, die, wenn man nicht ihrer Ansicht ist, einem die schwersten Beleidigungen zuschreiben? Das ist unmöglich! (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.) Uns deshalb halten wir eine weitere Vorklärung mit den Sozialdemokraten für überflüssig! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche und Geschäftsordnungs-Demerkungen. Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Ich habe am Samstag gar keine Angriffe erhoben, sondern nur darauf hingewiesen, daß Ihr ganzes Vorgehen darauf ausgeht, Dr. Liebnicht aus der Anwaltschaft zu verdrängen, damit er nicht mehr, wie im Fall Siemens-Schudert, in den Kisten hineingeworfen kann, was Ihnen nicht lieb ist, und damit er nicht Ihren Ordensschänder ausdenken kann. (Stürmische Begehrte rechts, Ordnungsruf des Vizepräsidenten.)

Abg. Waldhelm (Volksp.) bebauert, verstimmt zu sein, darzutun, wie sehr seine Partei die Angriffe der Sozialdemokraten auf die Mehrheit mißbilligt, worin sie aber keinen Grund sehen könne, vom dem Brauch des Hauses abzugehen und so bedeutende Szenen heraufzubeschwören, wie sie heute gesehen haben.

Abg. Hähnlich (Soz.) erwidert dem Abg. Dr. Friedberg, daß seine Ausführungen nur die Antwort auf die Beleidigung Dr. Liebnichts durch das konservative Kommissionenmitglied gewesen sind. Nur diese Frechheit habe ich zurückgewiesen. (Beifall rechts, Ordnungsruf des Vizepräsidenten.)

Abg. v. Dittfurth (kons.) erklärt, daß persönliche Rücksichten für ihn nicht maßgebend gewesen seien, aber allerdings habe er in der Kommission erklärt, daß zu einer besonderen Rücksichtnahme die Persönlichkeit Dr. Liebnichts, der berufsmäßig Schmähungen gegen alle Vaterländischen Einrichtungen erhebe, am allerwenigsten Anlaß geben könnte.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Nicht Hähnlich hat den Namen v. Dittfurth genannt, sondern ich, und zwar um auf seinen gewerdmäßigen Verleumder den „Straßlosen Verleumder“ zu setzen! (Sturm rechts, Ordnungsruf des Vizepräsidenten wegen Beleidigung v. Dittfurth.) Und bei Liebnicht ist es keine?

Vizepräsident Dr. Forst: Herr v. Dittfurth durfte seine hier angelegenen Versicherungen aus der Kommission wiederholen, genau so, wie der Berichterstatter heute die Worte Dr. Liebnichts über den Kaiser von Rußland wiederholt hat.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag Braun wird gegen die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und wenigen anwesenden Polen unter härmlichen Pfiffrufen der Soz. und gekünsteltem Gelächter rechts abgelehnt. Das Verfahren gegen Dr. Liebnicht kann also weitergehen.

Zur Geschäftsordnung ersucht Abg. v. Dittfurth (kons.), als ersten Gegenstand im Herbst die Wenderung der Geschäftsordnung zu behandeln, deren dringende Notwendigkeit sich gerade heute wieder gezeigt habe.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.) bittet, eine weit dringlichere Frage im Herbst zuerst zu beraten, und zwar den Wahlrechtsantrag der Parteiparität, zumal die letzte Zeit und der heutige Tag an dem Betragen der Mehrheit wieder gezeigt hat, wie notwendig es ist, hier mit eifrigem Fleiß auszuführen.

Um 4 Uhr nachmittags fand in Abwesenheit der Sozialdemokraten noch eine Sitzung statt, die die Verortungsordnung entgegennahm. Das Haus wird bis zum 10. November 1914 verortet, die Tagesordnung der ersten Sitzung festzusetzen, bleibt dem Präsidium überlassen.

Der Sieg der Unaufrichtigkeit.

Das Kabinett Vidiani hat gestern in der ersten Kammervorstellung das Vertrauensvotum einer republikanischen Mehrheit eingeholt, weil es das Ministerium verstand, mit einem Programm aus Wenn und Aber, aus halben Versprechungen und Scheinbar fortschrittlichen Andeutungen der radikalen Milde den Unfall zu erleichtern. In der beschwommenen Erklärung des Kabinetts wird versprochen:

daß die Regierung ihre Autorität nur auf eine ausschließlich republikanische Mehrheit stützen wolle und sich weigert, direkt oder indirekt die Unterstützung der reaktionären Parteien anzunehmen. Sie versichert, daß ihr nächstes Ziel die Anleihe sei, die noch vor dem Budget genehmigt werden müsse. Dann aber werde sie dem Senat die Vorlage, die von der Kammer